

# Reurieth will keine Straßenausbaubeitragssatzung

Eine Mehrheit der Reuriether EinwohnerInnen wollen unter den gegenwärtigen Bedingungen keine Straßenausbaubeitragssatzung.

Im Ergebnis der öffentlichen Einwohnerversammlung am 08.07. in Reureith stimmte eine Mehrheit der rund 250 Bürger für die Rückzahlung des im Oktober 2007 aufgenommenen Kredites. Frau Staak von der Aufsichtsbehörde hat keinen Zweifel daran gelassen, dass der Kredit die Gemeinde in die Zwangslage gebracht hat und ihr dementsprechend keine Fehler unterlaufen sind.

Dazu haben die EinwohnerInnen eine andere Auffassung.

Da sich laut Bürgermeister und Kämmerin der VG die finanzielle Situation der Gemeinde seit dem 27.05.2008 dramatisch verschlechtert hat, ist die Mehrheit der Bürger mit einem freiwilligen Beitrag zur Überbrückung von Finanzlücken der Gemeinde als eine Art Darlehen einverstanden.

Die Einwohnerversammlung war eine kraftvolle Demonstration von

Bürgerdemokratieausübung!

Noch steht die Gemeinderatsitzung mit einem Satzungsbeschluss aus. Der Bürgerwille keine Straßenausbaubeitragssatzung unter den gegenwärtigen Bedingungen, sollte respektiert werden. Zumal es noch Klärungsbedarf zur Baumaßnahmenabrechnung gibt. Laut Kämmererei soll die Sanierung des Geländers am Zeilbach 60.000 Euro gekostet haben. Der ausführende Handwerker meldete sich, dass er die Baumaßnahme für 28.000 Euro durchgeführt hat. Er ist entsetzt und hat bereits die Handwerkskammer zur Klärung eingeschaltet. Der Kampf um transparentes Verwaltungshandeln und gegen Zwangsbeiträge geht weiter.

Interessengemeinschaft  
STABS Reurieth  
Constanze Truschzinski